

**Stefan und Witold Leder:
Unbeirrbar rot – Zeugen und
Zeugnisse einer Familie (Hrsg.
Gerd Kaiser), Edition Bodoni
Berlin 2002, 374 S., 26 €**

Dieses Buch ist ein wichtiges Zeitzeugnis, eine Geschichte der Schicksale einer Familie jüdischer Revolutionäre, eine Geschichte der Arbeiterbewegung vom Ende des 19. und im 20. Jahrhundert mit ihren Höhen und Tiefen, Erfolgen und Rückschlägen.

Die Familie Feinstein, später Leder, kam aus Riga und verband sich in Łódź mit der Familie Hirschfeld. Die älteste hier behandelte Generation gehörte zum jüdischen Mittelstand und hatte im Zarenreich Grundschulausbildung bekommen; die nächste Generation wurde angezogen durch die erste sozialistische Partei Rußlands, den Jüdischen Bund, und ging dann zur revolutionären Bewegung über, der Sozialdemokratischen Partei des Königreichs Polen und Litauen (SDKPiL), die von Rosa Luxemburg und ihren Freunden geführt wurde. Die meisten kamen so in die kommunistische Bewegung, in der sie wichtige internationale Funktionen innehatten. Diese Generation hatte eine tiefe kommunistische Überzeugung, die sie nicht wegen bezahlter Stellung aufgab. Aus diesen Revolutionären wurden keine Ja-sager und Heuchler; diejenigen von ihnen, die die faschistische Verfolgung und Repression der Stalin-Ära überlebten, blieben »unbeirrbar rot«. Waren sie bei den Auseinandersetzungen um Taktik und Strategie der kommunistischen Bewegung kritisch gewesen, so waren sie auch später selbstkritisch und idealisierten nicht bei ihrem Stolz über ein aufrechtes Leben sich selbst. So schildert Witold Leder in seinem Lebensbericht auch die Schwächen: »Manche neigen zu Fanatismus und Intoleranz gegenüber Andersdenkenden. Die Überzeugung, im Besitz der einzig richtigen Wahrheit zu sein, legt eine solche Versuchung sehr nahe. Dazu kam bei einigen das in der späteren Entwicklung äußerst gefährliche Gefühl, eine Elite zu sein. Ich muß gestehen, daß auch ich nicht frei von dieser Einstellung war.« (S. 230)

Nach 1945 kam dazu der Anspruch auf Privilegien, die Bürokratisierung und Erstarrung.

Diese Revolutionäre waren Internationalisten, arbeiteten in verschiedenen Ländern, beherrschten mehrere Sprachen. In ihrer Sozialisation und in ihrem Denken ähnelten sie Isaac Deutscher, der sich als »nicht-jüdischer Jude« verstand.

Ihre Elternhäuser waren assimiliert und fühlten sich zur deutschen Kultur hingezogen. Wie sie von den Peripetien ihrer Zeit gebeutelt wurden ist tragisch: es bedurfte innerer Überzeugung und großer Energie, um in den Stürmen der Zeit zu überleben. Exemplarisch sei das an zwei Mitgliedern dieser Familie dargestellt.

Edda Hirschfeld ist Ende 1878 in Mitau, Kurland, geboren, das damals zu Rußland gehörte. Nach fünf Schuljahren und einer Kurzausbildung als Kontoristin kommt sie 1898 nach Łódź als Hauslehrerin. 1902 tritt sie dem Bund bei, wird 1903 zum ersten Mal verhaftet. 1904 tritt sie der SDKPiL bei und geht für die Partei nach Deutschland. 1905 zurück in Polen, wird sie erneut verhaftet wegen ihrer Tätigkeit unter russischen Soldaten und deutschen Arbeitern. Nach der Freilassung setzt sie die politische Arbeit fort, nimmt an den Parteitag der SDKPiL und der SDAPR teil. 1907 flüchtet sie zurück nach Warschau, nimmt 1908 am Prager Parteitag der SDKPiL teil. 1909-1910 arbeitet sie in Stuttgart als Sekretärin von Clara Zetkin; daraus entsteht eine lebenslange politische und menschliche Freundschaft. 1911 ausgewiesen, geht sie nach Paris, wird in der sozialistischen Frauenarbeit und in der antimilitaristischen Propaganda tätig.

Seit 1919 arbeitet sie in Moskau in verschiedenen Funktionen: Redaktion von »Prawda« und »Kommunistka«, Militär-revolutionärer Rat der SU 1924/25, EKKI 1925-1928. Da sie es mit den »Rechten« hält, wird sie 1924 im Moskauer Tribunal gegen Brandler, Thalheimer und Radek mitangeklagt. 1928-1931 arbeitet sie in der Kommunistischen Akademie, dann im Archiv. 1937 wird sie verhaftet, erst zu acht, dann nochmals zu drei Jahren Lager verurteilt. In dieser Zeit (1938) stirbt ihr Sohn Kasimir, auch Brandlerianer, im Lager Nordost.

Edda überlebt das Lager; das polnische ZK holt sie 1946 heraus. Nach Łódź zurückgekehrt, wird sie Mitglied der PVAP, arbeitet als Lehrerin bei deutschen Kriegsgefangenen. Sie stirbt 1952 in Warschau als Parteipensionärin. Ihr Mann Jan Tennenbaum war gleichfalls in

der kommunistischen Bewegung tätig und wurde in der Stalinschen Repression liquidiert.

Ebenso aufwühlend ist der Lebenslauf ihres Neffen Witold Leder (Feinstein). Der Vater ist aktiver Funktionär der KI und der RGI und wird im Winter 1937/38 Opfer der »Säuberungen«. Witold, 1913 in Paris geboren, lebte dort bis 1919. Dann folgte eine Wanderung durch mehrere Länder Europas und durch Schule und Gymnasium in Moskau, Deutschland, Italien, Frankreich. Daraus ergab sich eine polyglotte und multikulturelle Erziehung und Bildung. In den dreißiger Jahren lebte die Familie in Moskau. Dort besuchte er die Akademie der Luftstreitkräfte. Nach dem deutschen Überfall 1941 meldete er sich als in der UdSSR ausgebildeter Berufssoldat zum Fronteinsatz. Erst 1943 konnte er mit der neu gebildeten polnischen Armee als Hauptmann der Luftstreitkräfte aktiv werden. Bald kam er in den Generalstab der polnischen Volksarmee.

Nach dem Sieg der Roten Armee tritt er in den Staatsdienst in der Hoffnung, in Polen anders und besser den Sozialismus aufzubauen als nach dem Stalinschen Modell. Er war überzeugt, daß der Stalinismus nicht »einen integralen Bestandteil der Theorie und Praxis des Marxismus darstellt, der unvermeidlich seinen Voraussetzungen entspringt, (vielmehr) eine Entartung (ist), die sich unter bestimmten historischen Bedingungen herausbildete, die gerade diesen Voraussetzungen widerspricht und sie zerstört«. (S. 259)

Er kam gleichfalls nach Titos Häresie in die wieder klappernden Mühlen stalinistischer Verfolgung wie viele seiner Genossen im polnischen Generalstab. Am 18. März 1952 wurden er und seine Frau Ewa während eines Urlaubs in Zakopane verhaftet. Er teilte das Los vieler polnischer Kommunisten (Władysław Gomułka, Marian Spychalski u. a.) – fast drei Jahre isoliert im Gefängnis, bis das Chruschtschowsche Tauwetter auch Polen erreichte. 1956: Neue Hoffnung auf Abrechnung mit der Vergangenheit, nachdem Gomułka wieder Generalsekretär geworden war, erhält er wieder eine normale staatliche Anstellung. Dann trat er in die Redaktion einer Zeitschrift für marxistische Theorie ein. Aber der »polnische Oktober« 1956 setzte sich nicht durch gegen eine erstarrte, reformfeindliche Bürokratie. Witold wurde dank seiner Vielsprachig-

keit Übersetzer. So lernte ich ihn 1996 auf einer internationalen Tagung der Rosa-Luxemburg-Gesellschaft in Warschau kennen, wo er fließend ihm vorher unbekannte Referate ins Polnische übersetzte. Wir tauschten Informationen über seine Verwandten Kasimir und Edda Tennenbaum¹ und blieben seitdem in freundschaftlichem Kontakt. Im November 2003 vollendet er in geistiger Frische mit seiner Genossin Ewa sein 90. Lebensjahr – immer noch ein revolutionärer Sozialist.

Das Buch enthält einen interessanten Stammbaum, der eine Übersicht über diese unbeirrbar rote Familie ermöglicht. Die erste Generation hatte meist nur die Volksschule besuchen können. Von den zwanzig Angehörigen der zweiten Generation hatten drei nur die Grundschule besucht, zehn das Gymnasium, sechs die Universität. Von den siebzehn der dritten Generation absolvierten fünfzehn die Hochschule, von den zehn der vierten Generation acht. Von diesen siebzehn waren zehn in der revolutionären Bewegung engagiert. Fünf von siebzehn hatten im Zweiten Weltkrieg aktiv gegen die Nazi-Wehrmacht gekämpft. Von den siebzehn revolutionären gerieten zwölf in die Stalinsche Repression. Drei Familien wurden fast vollständig liquidiert, zwei »kamen mit dem blauen Auge davon« (S. 19).

Das Buch enthält ferner einige seltene Texte, u. a. Artikel von Władysław Leder zu Fragen der internationalen Arbeiterbewegung, eine erste Bibliographie seiner Arbeiten, Berichte über Erlebnisse in der Verbannung, im Kampf im Warschauer Ghetto, im Gefängnis der Stalin-Ära, einiges über die Arbeit des Psychologen Stefan Leder. Das Buch ist ein Zeugnis von mutigen Menschen, die sich und ihr Leben für die große Sache des Kommunismus eingesetzt haben. Mit ihnen hätten wir eine Welt erobern können. Die stalinistische Degeneration hat große Teile des ersten historischen Großversuchs zerstört, die Grenzen des Kapitalismus zu überschreiten. Für den nächsten Großversuch (und für die noch existierenden Teile) gilt es, die Korrekturmechanismen zu finden, die eine Degeneration verhindern.

THEODOR BERGMANN

Stefan Leder, 1919 in Warschau geboren, wuchs bis 1933 vorwiegend in Deutschland, auf. Von Geburt an war er durch die Familie eng mit der internationalen Arbeiterbewegung

verbunden. Die Eltern und zahlreiche weitere Familienmitglieder waren Mitstreiter und Freunde von Rosa Luxemburg und Leo Jogiches, Clara Zetkin und Heinrich Brandler, Adolf Warski u. v. a. Emigriert in die UdSSR, studierte Stefan Leder Medizin und nahm am Kampf der Antihitlerkoalition teil. Ursprünglich Internist, wurde er in der VR Polen einer der führenden Psychiater des Landes, wirkte in Lehre und Forschung, schuf die Klinik für neurotische Störungen, deren Leiter er drei Jahrzehnte lang war, arbeitete in der Leitung der Polnischen Psychiatrischen Gesellschaft sowie deren Sektion für Psychotherapie und in der Polnisch-deutschen Gesellschaft für seelische Gesundheit. Er gehörte der Deutsch-polnischen Gesellschaft der BRD an; engagierte sich bei den Internationalen Ärzten für die Verhütung des Atomkriegs. Psychiatrie und Politik waren für ihn untrennbar.

Stefan Leder, ein edler Mensch und unbeirrbarer Internationalist, verschied jäh am 31. Oktober 2003, während seiner Schlußworte auf einer internationalen Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Warschau.

1 Kurzbiographien von Edda Tennenbaum und Kasimir Tennenbaum siehe: Bergmann, Theodor, *Gegen den Strom – Die Geschichte der KPD (Opposition)*, Hamburg 2000, S. 541-542.

**Jour fixe initiative Berlin (Hg.):
Geschichte nach Auschwitz,
Unrast Verlag Münster 2002,
215 S. (16 €)**

Wenn Geschichte der Versuch ist, eine Vielzahl von historischen Ereignissen, von Geschichten im Plural, von Personen, Orten und Daten zu einem Plot zu verbinden, in eine Ordnung zu bringen und ihnen eine Sinnstruktur zu geben, dann ist Geschichte mit Auschwitz gescheitert. Denn es kann keinen Sinn geben in dem Wahnsinn von Auschwitz.

Was resultiert daraus für die Geschichtsschreibung? Welche Methoden muss sie verwerfen? Kann es herkömmliche Geschichtsschreibung nach Auschwitz noch geben? Wie kann Geschichte, können Geschichten erzählt werden, nachdem die Alternative Sozialismus oder Barbarei im Nationalsozialismus so eindeutig entschieden wurde?

Diesen und ähnlichen Fragen wird in dem Buch »Geschichte nach Auschwitz« in zehn Aufsätzen nachgegangen. Dabei verfolgen die Herausgeber einen interdisziplinären Ansatz. Elfriede Müller und Alexander Ruoff stellen den französischen roman noir als alternative Form der Geschichtsschreibung vor, in der die Hoffnung auf Aufklärung und damit Auflösung und Erlösung von Widersprüchen, wie sie sich im klassischen Detektivroman findet, enttäuscht aber nicht getötet wird.

Frank Winter beschreibt, wie der Kampf um Geschichte, der Streit um die Form der Erinnerung in der Architektur ausgetragen wird. Am Beispiel des Potsdamer Platzes erläutert er, wie Orte mit Ereignissen und Ideen verknüpft werden und wie versucht wird, Teile der Geschichte aus dem Gedächtnis zu tilgen und/oder sie umzuinterpretieren.

Die philosophisch-politischen Teile diskutieren die Frage, was der Faschismus uns über unsere (jetzige) Zivilisation sagen kann. Thesen, die den Faschismus als Unfall der Geschichte oder Schatten des Marxismus sehen, wird eine klare Absage erteilt. In der Tradition der kritischen Theorie stehend, diskutieren die Autoren die Möglichkeiten und Grenzen der Aufklärung. Ist Aufklärung notwendig totalitär oder führte gerade die Abkehr von ihr zu Auschwitz?

Und auch die Rolle von Revolutionen wird diskutiert. Hatte Marx Revolutionen noch als Lokomotive der Geschichte bezeichnet, so läßt seit Auschwitz das Wort Lokomotive eher Bilder von Deportationen entstehen. Ist also die Revolution ein Fortschritt oder nur ein Verhinderer des Rückschritts, wie es Walter Benjamin mit dem Bild der Revolution als Notbremse formulierte?

Die Autoren versuchen, Unruhe zu stiften. Mit Saul Friedländer sprechend könnte man sagen, sie wehren sich gegen den Versuch, »die Vergangenheit auf erträgliche Dimensionen zurückzudrängen, ... sie in die nüchterne Abfolge normaler Geschichtsereignisse einzufügen, in die beruhigende Welt der Grundregeln unserer Gesellschaft, kurz gesagt, in den Konformismus und die Uniformität.«

Einige Beiträge, wie die durchaus interessante Fleißarbeit Michael T. Koltans zur Editions-geschichte der »Feuerbach-Manuskripte«, verfehlen hier allerdings die Thematik.

Die Gesellschaft als Ganzes kritisieren heißt ansonsten die Devise. Radikale Kritik nicht nur am Inhalt der herrschenden Idee von Geschichte und Geschichtsschreibung, sondern auch besonders die Methodenkritik an aller bisherigen Geschichtsschreibung, ist hier auf eine radikale Umwälzung der Gesellschaft gerichtet.

Ein Plädoyer für eine andere Geschichte, für Ereignisgeschichte statt Kontinuierung, für Geschichten im Plural, für Geschichte der Verlierer und der Opfer, für andere Formen des Erinnerns.

BENNO HERZOG

Peter Decker, Konrad Hecker:
Das Proletariat. Politisch
emanzipiert – sozial diszipliniert –
global ausgenutzt – nationalistisch
verdorben: Die große Karriere der
lohnarbeitenden Klasse kommt
an ihr gerechtes Ende,
GegenStandpunkt Verlag München
2002, 279 S. (20 €)

Vom Proleten, der einstmals die neue Zeit erkämpfen sollte, redet mittlerweile, spätestens nach dem Fall der letzten Marx-Standbilder östlich von Berlin, niemand mehr. Allenfalls als Beschimpfung findet das Wort noch Verwendung, wenn unhöfliches Betragen, Mangel an Geschmack und Stil gegeißelt werden soll. Wer heutzutage noch eine ökonomische und soziale Lage lohnabhängiger Menschen mit dem Begriff Proletariat kennzeichnen will, erntet nicht einmal mehr geifernde Verwünschungen, nur noch Kopfschütteln. Der Augenschein gibt den Beweis: Wo sind sie denn, die Armutsquartiere, wo die feuchten Löcher, in denen ausgemergelte Proleten samt Familie hausen, wo sind die Elendsbilder, die man aus den Romanen von Charles Dickens kennt?

Eine Neuerscheinung aus dem GegenStandpunkt-Verlag stellt jetzt die Gegenfrage: »Aber wer macht eigentlich« – heutzutage – »die Arbeit und macht die Unternehmer reich?« (S. 5) Sicher bedeutet eine Existenz als »abhängig Beschäftigter« nicht mehr das,

was sie zu Zeiten und in den Formen des Manchesterkapitalismus bedeutet hat. Und doch ist besagte Klassenlage schon in den gängigen Sprachregelungen, in denen es um »unsere Wirtschaft« oder »unsere Sozialsysteme« geht, ständig präsent, wie die Autoren Peter Decker und Konrad Hecker im Einleitungskapitel ihres Buches erläutern.

Wann immer etwa der deutsche Kapitalstandort auf dem Weltmarkt Mißerfolge zu verzeichnen hat, und noch mehr, seit sich im Zuge der momentanen Krise ein Rückfall gegenüber konkurrierenden Nationen einstellt, ist klar, daß Löhne und Lohnnebenkosten einfach zu hoch sind. Der Lebensstandard der Lohnabhängigen – der schließlich durch Löhne und Sozialleistungen definiert wird – ist mit größter Selbstverständlichkeit als Hebel kapitalistischen Konkurrenz Erfolgs verplant; so niedrig muß das nationale Lohnniveau jedenfalls sein, daß deutsche Unternehmen ihre Konkurrenten aus dem Feld schlagen können. Wenn Firmen mit der Übersiedlung auf Niedriglohnstandorte drohen, zu denen mittlerweile auch die »befreiten« Ostgebiete zählen, dann spricht das nicht gegen eine Wirtschaftsweise, bei der die arbeitende Weltbevölkerung auf fünf Kontinenten durch Billigkeit und Willigkeit darum konkurrieren darf, in die Gnade kapitalistischer Arbeitsplätze zu kommen. Nein, es spricht gegen die Beschäftigten, die einfach »zu teuer« sind. Die Ansprüche der lohnabhängigen Schicht – um das böse Wort »Klasse« nicht zu benutzen – stehen offenbar im Gegensatz zum Wachstum der nationalen Wirtschaft und zur »Stabilität« der staatlichen Haushalte.

Die »Karriere« der ausgebeuteten Gestalten des Manchesterkapitalismus zu den sozial verwalteten »Arbeitnehmern« von heute ist zwar, wie die Autoren betonen, nicht zu bestreiten; aber an ihrer ökonomischen Lage als Menschen, deren Existenz ganz durch ihre kapitalistische Benutzung bestimmt ist, hat sich nichts geändert. In einem weit gespannten Bogen von den Gründerzeiten des Kapitalismus bis zu den heutigen sogenannten globalisierten Zuständen erläutert das Buch, wie die Durchsetzung der ökonomischen »Rationalität« des Kapitalismus erst einmal nichts anderes bedeutet hat, als die pure Ruinierung der Ausbeuteten. Der Kampf war den Proleten somit

regelrecht aufgezwungen; nicht aufgezwungen jedoch war die Richtung, die die Gewerkschaften und die Parteien der Arbeiterbewegung ihm gegeben haben: um Rechte und soziale Absicherung wurde gestritten, mit dem kapitalistischen Staat als Adressaten. Dies führte folgerichtig nicht zur Beseitigung der Ausbeutung, sondern zu ihrer Verrechtlichung, ihrer Verwandlung in ein politisch funktionales, den Staat nicht zersetzendes, ihm vielmehr dienendes Verhältnis. Mit der Einrichtung sozialstaatlicher Maßnahmen anerkannte der Staat laut Decker und Hecker, daß gewisse Rücksichten auf die Proleten nötig waren, um ihren Erhalt als Klasse zu gewährleisten. Die Ausbeutung wurde in funktionale Schranken gewiesen, um geordnet ihren Gang gehen zu können.

Das Produkt dieser Politik – der Sozialstaat – bedeutete deshalb auch nie, daß Armut und körperlicher Verschleiß unter Arbeitnehmern verschwunden wären; im Gegenteil hatten die Gesundheits- und Arbeitslosenkassen immer genug zu tun, weil es an freigesetzten oder gesundheitlich geschädigten Arbeitskräften nie mangelte; und Rentenkassen hätte es gar nicht geben müssen, wenn es nicht zum selbstverständlichen »Lebensabend« von Lohnarbeitern gehören würde, am Ende ihrer jahrzehntelangen Arbeit völlig mittellos da zu stehen. Weil die Maßnahmen Geld kosten, das für solche unproduktive Ver(sch)wendung viel zu schade ist, sind sie notwendigerweise stets knapp bemessen. Und wo bliebe denn der »Anreiz« zum Lohnarbeiten, wenn etwa mit der Annahme von Arbeitslosenhilfe nicht auch Senkung des Lebensstandards und die Verpflichtung auf Arbeitsbereitschaft verbunden wäre?

Wenn mittlerweile selbst diese bescheidenen Errungenschaften proletarischer Lebensführung ins Gerede gekommen sind und als im Grunde untragbarer »Wohlfahrtsstaat« denunziert werden, an dessen Abbau sich nicht zuletzt die Agenda 2010 betätigt, dann zeigt sich eine bittere Ironie der ganzen Geschichte. Die politisierende und erzieherische Wirkung des Sozialstaats – eine national integrierte, zuverlässig sozial friedliche Arbeiterklasse überdauert dessen Abbau und ermöglicht ihn dadurch ein Stück weit sogar. Auch darauf gehen die Verfasser ein, wie die kapitalistischen Na-

tionen sich in der momentan ablaufenden verschärften Krisenkonkurrenz – die Expansion des Weltmarkts ist vorbei – soziale Standards von früher nicht mehr leisten wollen, sie einreißen und dabei gar nicht fürchten müssen, daß »Klassenkampf von unten« wieder in Mode kommt. Denn die von oben gewährte Rücksicht aufs Arbeitsvolk hat die Arbeiter und ihre Organisationen nachhaltig mit der Staatsgewalt versöhnt; jetzt steht man »Seit an Seit« mit Schröder und Stoiber und hat Verständnis für jeden Klassenkampf von oben – pardon: für jede unumgängliche Reform.

Das Buch des Gegenstandspunkts zum Proletariat ist jedenfalls ein Plädoyer dafür, mit dieser Unsitte aufzuhören. Wenn das Bild der Arbeiterbewegung im Buch so trist ausfällt, dann sollte man dies nicht den Autoren anlasten.

ALJOSCHA JEGODTKA

Stefan Beck, Gülay Caglar,
Christoph Scherrer u. a.:
Nach der New Economy,
Verlag Westfälisches Dampfboot
Münster 2002, 234 S. (15,50 €) (I)

Frédéric Lordon: »Aktionärs-
demokratie« als soziale Utopie?
VSA Verlag Hamburg 2003,
128 S. (12 €) (II)

Bis zum Jahr 2000 galt die *New Economy* als Zukunft der Wirtschaft, als neues Paradigma und Wirtschaftswunder schlechthin, mit Wachstum, Vollbeschäftigung, Wohlstand usw. Nach dem Platzen der Börsenblase ist hier jedoch Ernüchterung eingetreten und der Glanz der *New Economy* stark verblaßt. Das Wachstumspotential der Informationstechnologien wird jetzt sehr viel skeptischer beurteilt als zuvor. Ebenso das »Produktivitätswunder« USA sowie das anglo-amerikanische Modell eines deregulierten und shareholder-value-basierten ungezügelten Kapitalismus.

Sah man bis vor kurzem noch in Deutschland den Übergang vom *rheinischen Kapitalismus* zum marktradikaleren anglo-amerikanischen Modell als unausweichlich an, so hat

jetzt, nach dem Ende der New Economy, »die Annahme einer differenzierten und pfadabhängigen Entwicklung des *rheinischen Kapitalismus* an Überzeugungskraft gewonnen.« (I, S. 14) Der Diskurs über die Zukunft Deutschlands erhält dadurch eine neue Richtung. Diese auszuloten ist das Anliegen des hier vorgestellten Buches.

Die Autoren gehen, verschiedene Aspekte betonend, der Frage der perspektivischen Entwicklung der deutschen Wirtschaft vor dem Hintergrund der Diskussion unterschiedlicher Modellannahmen nach. Dabei spielt auch das amerikanische Modell eine Rolle, wenn auch nicht als »Vorbild«, so doch als Bezugspunkt für die Erklärung einer Reihe neuer Phänomene (I, S. 25 ff.). Einen besonderen Schwerpunkt bildet dabei die institutionelle Verfassung des Arbeitsmarktes als Grundlage für das amerikanische »Jobwunder«. Im zweiten Kapitel wird auf die Rolle der US-Wirtschaft als »Wachstumsmotor« für die wirtschaftliche Entwicklung in Europa eingegangen. Hier zeigt sich, daß für Deutschland künftig weniger die Exporte in die USA von Bedeutung sein werden als vielmehr die demographische Entwicklung und die Osterweiterung der EU. Diese Aspekte werden in den nachfolgenden Texten weiter vertieft. Dabei geht es auch um die Auseinandersetzung mit spezifischen Zügen der deutschen Wirtschaft, zum Beispiel der für die Bundesrepublik typischen Verflechtung zwischen Industrie und Banken, bekannt als *Deutschland AG* (I, S. 113 ff.). Es zeigt sich, daß die strukturellen Herausforderungen von Globalisierung, Institutionswettbewerb und demographischem Wandel in doppelter Weise wirken: die Erosion der Sozialversicherungssysteme und die Finanzkrise des Staates sind schließlich die Folgen. Diese Problematik wird anschließend verknüpft mit den Wirkungen der europäischen Integrationspolitik. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, welche wirtschaftspolitischen Handlungsspielräume Deutschland noch verbleiben, wenn der Integrationsprozeß weiter voranschreitet und zunehmend den Rahmen für die nationalstaatliche Regulierung und Steuerung der Wirtschaft vorgibt. Insgesamt wird dem *rheinischen Kapitalismus* eine gewisse Robustheit bescheinigt, aber auch aufgezeigt, wo es gilt, strukturelle Veränderungen vorzunehmen, da-

mit das System angesichts der Herausforderungen der Zukunft lebensfähig bleibt.

Das Buch von Frédéric Lordon (II) ist die Übersetzung einer Arbeit, die bereits im Jahre 2000, als die *New Economy* noch nicht zu Grabe getragen war, in Paris erschienen ist. Es analysiert den seit den 70er Jahren zu beobachtenden Übergang vom fordistischen zum finanzwirtschaftlich dominierten Kapitalismus, eine Entwicklung, die das Erscheinungsbild der Gesellschaft von Grund auf verändert. Im Mittelpunkt steht dabei die Abrechnung mit einer neuen sozialen Utopie, der »Rentenfonds-Gesellschaft«, die vom Vermögensbesitz zusammengehalten und von der Aktionärsdemokratie getragen wird (II, S. 12).

Richtig ist, daß der moderne Kapitalismus ein neues, »finanzgetriebenes Akkumulationsregime« hervorbringt und daß dies mit der Konzentration von Geldvermögen bei institutionellen Anlegern (Investmentfonds) einhergeht. Letztere verfügen dadurch über eine außergewöhnliche Macht, die sie zur Manipulation der Finanzmärkte einsetzen können, die aber auch dazu dient, die Unternehmen unter »Wertschöpfungsdruck« zu setzen. Dies hat letztlich eine Verschiebung der Kräftekonstellation zur Folge: die Manager der Unternehmen verlieren an Einfluß, während die Aktionäre und Anleger sowie die Manager der Fonds an Einfluß gewinnen. Lordon spricht in diesem Zusammenhang von der »Rückkehr zur Herrschaft der Besitzenden« (II, S. 40). Dies bedeutet jedoch nicht nur eine Veränderung der Finanzierungsstruktur der Wirtschaft, sondern zugleich auch eine erhebliche Veränderung in den »Bedingungen der Nachfragebildung«, denn »diese werden jetzt – und das ist ihr wesentliches Merkmal – in der finanzwirtschaftlichen Sphäre formuliert« (II, S. 70). Damit findet die »Logik der Finanzwirtschaft«, ihre inhärente Instabilität, ihr spekulativer Charakter u. a., Eingang in die Realökonomie. Hierzu gehört auch, daß der realökonomische Gewinn als Bezugsgröße wirtschaftlichen Handels vom Zins, als einer geldwirtschaftlichen Kategorie, abgelöst wird. Die Spekulation wird damit zu einem Wesensmerkmal des Akkumulationsregimes und der Wirtschaft. Letztere nimmt immer mehr den Charakter einer »Blasen-Ökonomie« an – als »Ausdruck des Widerspruchs zwischen der geforderten

finanziellen Valorisierung und der möglichen realwirtschaftlichen Wertsteigerung« (II, S. 84). Ob es infolgedessen jedoch zu einem großen Crash kommt, der »Apokalypse«, wie Lordon annimmt (S. 91), bleibt Spekulation. Ebenso gut kann dies auch zu einem ständigen Auf und Ab spekulativer Prozesse führen, wie die letzten Jahre belegen. Auf jeden Fall scheint es zutreffend zu sein, in dieser Entwicklung eine neue Phase des Kapitalismus zu sehen – und nicht etwa den Beginn seiner Auflösung als Wirtschafts- und Gesellschaftssystem. Vorstellungen eines »Rentenfonds-Sozialismus« oder einer »Aktionärsdemokratie« bleiben mithin unrealistische Wunschbilder, denen zu Recht eine Absage erteilt wird. Gleichwohl aber sollte man das Kind nicht mit dem Bade ausschütten: Die neuen Formen der Finanzwirtschaft, Aktien- und Rentenfonds, Mitarbeiterbeteiligungen u. ä. beinhalten auch Chancen, die Gesellschaft demokratischer zu gestalten und verteilungspolitisch zu verändern. Dieser Ansatz kommt in der hier vorliegenden Broschüre entschieden zu kurz. Seine stärkere Berücksichtigung hätte die Argumentation konstruktiver werden lassen, ihr Fehlen muß mithin als Mangel empfunden werden.

ULRICH BUSCH

Hannes Hofbauer: Osterweiterung. Vom Drang nach Osten zur peripheren EU-Integration, Promedia Verlag Wien 2003, 239 S. (17,90 €)

Aus Wien kommt eine scharfe und unmißverständliche Wertung jener Prozesse, die gemeinhin als Osterweiterung der EU firmieren und als das non plus ultra der Wiederherstellung der europäischen Einheit verkauft werden. Hannes Hofbauer, kritischer Historiker und Publizist, ausgewiesener Osteuropakenner, hält von solchen Schönredereien wenig. Für ihn ist klar: Die Osterweiterung der Europäischen Union ist nichts anderes als die endlich durchgesetzte Kolonialisierung des Ostens des gemeinsamen Kontinents. Von Wiedervereinigung eines nie einheitlichen Europas mit langen Geschichten getrennter

Entwicklung könne nicht die Rede sein. Gegen alle euphorischen Stimmungen wertet er unmißverständlich: Die »Heimkehr des Ostens« in die abendländisch europäische Gemeinschaft ist nicht anderes als die »Heimkehr« peripherisierter Regionen unter die ökonomische Dominanz westeuropäischen – und vor allem auch deutschen – Kapitals; eine »Heimkehr« unter Bedingungen, die jenen vor der kommunistischen Machtübernahme strukturell nicht unähnlich sind« (S. 7).

Unter diesen Vorzeichen ist es nur konsequent, die Vorgeschichte der heute als Monstranz vorhergetragenen Europa-Idee in der knapp tausendjährigen Geschichte des westeuropäischen »Dranges nach Osten« festzumachen und konsequenterweise nicht zuletzt auf die großdeutschen, Pardon, europäischen Denkansätze jener Ideologen und Politiker vom Kaiserreich bis NS-Zeit abzuheben, die eine ideologische Verbrämung für wirtschaftliche Expansionsinteressen und schließlich einen antikommunistischen Abwehrriegel entwickelten. Mit der Blockkonfrontation nach dem 2. Weltkrieg gewann letztere Dimension der Europa-Idee noch schärfere Konturen, weil sie den in ihr enthaltenen Abgrenzungsansatz nun vollendet und in Konfrontation mit Osteuropa als ein westeuropäisches, antikommunistisches Projekt durchzog. Hofbauer erinnert daran, daß mit COCOM-Liste und Marshall-Plan »mitten in Europa eine imaginäre Mauer hochgezogen« wurde, analog zur politisch-militärischen Konfrontationslinie. Die Ausgrenzungsstrategie wurde zwar vom Osten als Kampfansage angenommen, der nun selbst eine nachholende Zwangsmodernisierung anging, aber mit seinem RWG sich trotz anzuerkennender beachtlichen Erfolge »weder vom kapitalistischen Weltssystem entkoppeln noch den peripheren Status östlicher Volkswirtschaften überwinden« konnte (S. 33).

Berechtigt wehrt sich der Autor gegen die heute dominierende These, daß der Zusammenbruch des Ostblocks das Scheitern von Planwirtschaft und Staats- bzw. Gemeinschaftseigentum quasi als widernatürliche Abweichungen von den allein geltenden westlichen Prinzipien bestätigen würde. Genauso wenig sei der Untergang des Ostblocks auf einen »Befreiungsakt vom Kommunessystem«

durch das Volk zu reduzieren. Vielmehr sei es notwendig, sich zu vergegenwärtigen, daß der ökonomische wie politische Zusammenbruch als eine Folge der weltwirtschaftlichen Krise ab Mitte der 70er Jahre anzusehen sei. Anzumerken wäre allerdings, daß dieser Umbruchsprozeß zwar krisenhaft dahergekommen war, aber Ausdruck eines Umbruchs der Produktivkräfte war, der tatsächlich beide Wirtschafts- und Sozialsysteme einer Bewährungsprobe unterzog.

Die westliche Konsequenz war der Übergang zu neoliberalen Wirtschaftskonzepten, die aber – und hier hat Hofbauer scharf beobachtet – in den 80er Jahren zunehmend auch in osteuropäischen Staaten zum Teil durch zumindest wichtige Exponenten der politischen Führung gefördert, eine Heimstatt fanden. So gab es – etwa mit Vaclav Klaus in Prag oder Leszek Balcerowicz in Warschau – auch die entsprechenden »Fachleute« für eine Transformation, die unter entsprechenden politischen Bedingungen die ökonomische Transformation nach dem gewünschten westlichen, neoliberalen Muster angingen.

Die Bilanz dieser Transformation ist aus Sicht des Autors wenig erfreulich und sichert eben jene ungleichen Startbedingungen in einem vermeintlich vereinten Europa, die er kritisiert. Die politischen Freiheiten, die gewonnen wurden, kontrastieren mit den Konsequenzen der ebenso gewonnenen kapitalistischen Freiheiten von Kapital, Dienstleistungen, Waren- und Personenverkehr. Im wesentlichen mit Mitteln einer Schocktherapie wurde Osteuropa für die Erfordernisse des Westens zugerichtet. Die massive Zerstörung der sozialen Sicherungssysteme brachten die Einbindung als verlängerte Werkbank für einige wenige Staaten (Stichwort Tschechien und die Automobilindustrie), die Sicherung neuer Absatzmärkte, vor allem aber spottbillige Arbeitskräfte in den Transformationsländern und als Export in die westlichen Metropolen.

In den drei Ländern, die eine eigenständige Entwicklung versuchten – die Slowakei unter Meciar, Rumänien unter Iliescu und Jugoslawien unter Milosevič –, wurde politisch (in Jugoslawien auch militärisch) unter massiver Einmischung dafür gesorgt, daß die mißliebigen politischen Kräfte isoliert und aus-

geschaltet wurden. In einprägsamen und scharfen Länderanalysen untermauert Hofbauer seine Einschätzungen für Ungarn, Polen, Slowenien, Tschechien, die Slowakei, Rumänien, Bulgarien und die drei baltischen Staaten.

Die Übernahme der westlichen Strukturen, nicht zuletzt vermittelt über die notwendige Anpassung an den »Europäischen Besitzstand« der EU für die Beitrittskandidaten, die *acquis communautaire* mit 20 000 Rechtsakten, hat dafür gesorgt, daß diese Länder ein so dichtes Korsett an Vorgaben erhalten haben, daß ein Ausbrechen kaum noch möglich ist. Angesichts der heutigen politischen Ausrichtung der EU erfolgte damit auch eine deutliche Vorprogrammierung allein für die heute vorherrschende neoliberale Politik. Die westliche Kontrolle über die osteuropäischen Kapitalströme durch die Kontrolle über die Banken sichert zudem jenen dauerhaften Einfluß, den man sich erhofft. Daß die politisch-militärische Einbindung der ökonomischen noch vorhergegangen ist, kann ebenso wenig als Zufall erscheinen wie die bereitwillige Unterwerfung unter westliche Sicherheitsbedürfnisse. Ironie der Geschichte ist allerdings, daß weit stärker als die westeuropäische Vormachtstellung die USA zumindest sicherheitspolitisch von dieser Einbindung und dem oft vorauseilenden Gehorsam der Konvertiten profitieren, so daß das »alte Europa« sich nur verwundert die Augen reibt.

Hofbauer läßt notgedrungen offen, ob es realistische Alternativen zu diesem Weg in ein westliches, neoliberal dominiertes Europa gegenwärtig gibt, zumal eben dort in der Festung die Kraft und Fähigkeit zu Alternativen quer durch die politischen Lager so gering ausgeprägt ist. Den Linken sollte allerdings auch angesichts dieser Erfahrung Osteuropas klar sein, daß die EU nur bei veränderten nationalen Bedingungen zumindest in den führenden Staaten der Gemeinschaft und einer gemeinsamen Alternativpolitik zu einem Vehikel einer sozialeren und demokratischeren Politik werden könnte.

STEFAN BOLLINGER

**Helmut Bleiber, Walter Schmidt,
Susanne Schötz (Hrsg.):
Akteure eines Umbruchs. Männer
und Frauen der Revolution von
1848/49, FIDES Verlags- und
Veranstaltungsgesellschaft Berlin
2003, 1009 S. (69,80 €)**

Verfasser der 23 historischen Lebensbeschreibungen sind zum Teil selbst Akteure eines gesellschaftlichen Umbruchs gewesen, der nach den Verheerungen des Zweiten Weltkriegs im Osten Deutschlands begann, jedoch mit den Konvulsionen der »Wende« scheiterte. Diese DDR-Historiker waren schon immer bestrebt, an die Akteure eines früheren und anderen Umbruchs zu erinnern, um sie der traditionell bürgerlichen Missbilligung oder dem Vergessen zu entreißen: »Männer der Revolution von 1848« (zwei Bände, erschienen im Berliner Akademie-Verlag 1970 und 1987). Die herben, auch belehrenden Erfahrungen des eigenen Werdegangs haben Herausgeber und Autoren veranlasst, die Kontinuität ihres Bemühens nicht preiszugeben, jedoch mit vertieften Einsichten und erweiterter Konzeption fortzusetzen.

Zunächst kann bemerkt werden, dass ein Drittel der jetzigen Autoren aus der Alt-BRD, außerdem der Österreicher Helmut Reinalter, der auf dem Lehrstuhl zu Innsbruck seit Jahren als ein Rezeptor des demokratischen Erbes wirkt, hinzugekommen sind. Vor allem sind Novationen bei der Auswahl der geschichtlichen Gestalten erkennbar. Wo vormals ein kritisches Verhältnis von Karl Marx zu einigen seiner revolutionären Zeitgenossen genügte, um sie dem bevorzugten Erinnern zu entziehen, findet man nunmehr Namen, die das Spektrum der 1848er Revolutionsepoche erweitern und differenzieren: So den Republikaner und Frankfurter Bundestagsabgeordneten Arnold Ruge, der nach fünfjähriger Festungshaft wegen burschenschaftlicher »Umtriebe« als Herausgeber der »Halleschen Jahrbücher« die oppositionellen Ideen der Junghegelianer verbreitete, dann zusammen mit Marx die Herausgabe der »Deutsch-Französischen Jahrbücher« vorbereitete, von denen aber infolge unüberbrückbarer Meinungsverschiedenheit

nur der erste, berühmt gewordene Band erschien. Den preußischen Offizier August Willich, der sich der Uniform entledigte, in Europa und Nordamerika für die Emanzipation der arbeitenden Klasse einsetzte, wobei er aber in postrevolutionären Verhältnissen ein verlängertes Revolutionserwarten und eine links-radikale Strategie des »Bundes der Kommunisten« verfocht. Den Kölner Heinrich Bürgers, Redakteur der »Neuen Rheinischen Zeitung« und Vorstandsmitglied der »Demokratischen Gesellschaft«, der seinen Einsatz für den »Bund der Kommunisten« mit siebeneinhalb Jahren Haft bezahlte, aber von Marx und Engels als ein »sanfter Heinrich« ironisiert wurde, weil er bürgerliches Denken nie ganz überwunden habe. Schließlich auch den russischen Revolutionär Michail Bakunin, der als Personifikation des Anarchismus dem marxistischen Denken suspekt wurde und dennoch von Missverständnissen, falschen Etikettierungen, Verleumdungen zu befreien ist, woran gerade seit dem Ruin des »Staats-Sozialismus« neu erschienene Werkausgaben und Biografien arbeiten.

Wichtig ist auch die Überwindung eines Mangels, der schon früher vermeidbar gewesen wäre: die Beachtung von Frauen im Zeitalter der Revolution. Die Auswahl reicht von der sozial engagierten Linksliberalen Bettina von Arnim, die in Frauenforschung und Literaturgeschichtsschreibung oft thematisiert wird, bis zum Gruppenporträt sächsischer Näherinnen, die in der bürgerlich-demokratischen Gesamtbewegung für eine berufsspezifische Emanzipation eintraten. Dazwischen stehen Frauengestalten von demokratischer Sinnesart: die Frauenrechtlerin Louise Otto-Peters, die »aristokratische Demokratin« Malwida von Meysenbug, die literarische Zeitzeugin des Dresdner Maiaufstands Marie Norden und Amalie Krüger, eine Pionierin der Kindergartenziehung und Mitstreiterin Friedrich Fröbels.

Die frühere Erberezption fortsetzend, befinden sich in diesem Band vorzugsweise wiederum Männer der demokratischen »Linken«. Abgesehen von den eingangs bereits Genannten begegnet man Gestalten, die teils neu befragt, teils mehr noch aus dem Treibsand der Historie frei gegraben werden. Zu den ersteren zählen der oft rezipierte Humorist und Satiri-

ker Adolf Glaßbrenner, der zu Recht als ein »Achtundvierziger« interpretiert, und der spätere sozialdemokratische Schriftsteller Robert Schweichel, dessen frühes Wirken als Vorsitzender des Königsberger Arbeitervereins dargestellt wird. In der größeren Gruppe der »Vergessenen« stehen: der aus Mecklenburg stammende Junghegelianer, Radikaldemokrat und Paulskirchenabgeordnete Karl Nauwerk; der Wortführer des Berliner Handwerkervereins und tätige »Linke« in der Preußischen Konstituierenden Versammlung Julius Berends; der Schlesier und deutschkatholische Prediger Franz Schmidt, ebenfalls Abgeordneter in der Frankfurter Paulskirche und Agitator des pfälzischen Aufstands von 1849; der Tierarzt und populärste Barrikadenheld der Berliner »Märzrevolution« namens Friedrich Ludwig Urban; der schlesische Fabrikant und Demokrat Friedrich Wilhelm Schlöffel, namhafter »Linker« des Frankfurter Parlaments und Kriegskommissar des badisch-pfälzischen Aufstands, der als Vater des weithin bekannteren Sohnes Gustav Adolf zu Recht erinnert, leider nur als Torso für die begrenzte Zeit des »Vormärz« rezipiert wird. Die Herausgeber rechtfertigen die »überproportionale Bevorzugung« der Demokraten von 1848/49 ziemlich moderat mit dem Verweis auf eine Hinwendung alt-bundesrepublikanischer Historiker zu Themen der Demokratie und der Volksbewegungen. Obwohl der revolutionäre und soziale Demokratismus als ein streitbares und unabdingbares Korrelat gegenüber dem bürgerlichen Liberalismus bis zum heutigen Tage zu betonen und beanspruchen ist, begnügt sich das »Vorwort« mit der eher begütigenden Anmerkung, dass er zwar über »großbürgerliche Konzepte« hinausweise, aber »keine grundsätzliche Gefährdung der bürgerlichen Ordnung« bedeute (S. 9).

Schließlich sind noch einige aristokratische und bürgerliche Gestalten zu nennen, die Aufnahme gefunden haben. Der Österreicher Felix Fürst zu Schwarzenberg rettete die Herrschaft der Habsburger, indem er die Konterrevolution zum Sieg und die Doppelmonarchie gegenüber Preußen noch einmal zur Vormacht führte. Hingegen steht der preußische General Ernst von Puel als moralisch achtbare, doch unglückliche Gestalt im Revolutionsgeschehen, wo er als Ministerpräsident den konterre-

volutionären Absichten der Hohenzollern nicht genügte und seinen Abschied nahm. Der umtriebige Herzog Ernst von Sachsen-Coburg und Gotha neigte wohl zum Liberalismus, wurde letztlich aber im Verbund deutscher Fürstenhäuser als ein »Enfant terrible« isoliert und verkräftet. Nur zwei Namen stehen für das gemäßigte Bürgertum. Der Braunschweiger Karl Heinrich Jürgens ging den Weg vom Landpfarrer zum antipreußisch-großdeutschen Liberalen der Frankfurter Nationalversammlung. Und der gleichfalls in Braunschweig lebende Handwerksmeister Jacob Selenka, führender Kopf der Handwerkerbewegung, propagierte in der Revolution eine einheitliche deutsche Gewerbeordnung, die allerdings in den zeitgenössischen Widersprüchen fehlgeschlug und erst viele Jahrzehnte später Gestalt annahm.

Diese Lebensbeschreibungen geben willkommene Auskunft über Menschen in der Zeit des Reifens und des Stattfindens einer der deutschen Revolutionen, die – gemessen an den Postulaten konsequenter Volkssouveränität und den Absichten ihrer demokratischen Vorkämpfer – üblicherweise als »gescheitert« bezeichnet werden: Männer und Frauen, die zwar kaum auf den Gipfelhöhen der Entscheidungen standen, tatsächlich aber jene Bewegungskraft verkörperten, die den Grundstrom der Geschichte treibt. Der Nationalstaat, den sie für ein demokratisch verfasstes Deutschland erstrebten, musste wenig später zumindest in der undemokratischen, aber verfassungsmäßigen Gestalt des preußisch-deutschen Kaiserreiches verwirklicht werden. So ist denn richtig zu sagen: Mit allen ihren progressiven »Akteuren« war die Revolution von 1848/49 der Stachel, der Bismarck zur »Revolution von oben« trieb. Die hier erinnerten Gestalten haben mit nicht wenigen ihrer Gestalter die Tragik gemeinsam, dass ihre politischen und sozialen Bestrebungen missglückten – wobei sie als »Achtundvierziger« ein weit schwereres Schicksal trugen: Sie mussten für ihre Überzeugungen mit Verfolgung, Kerkerstrafen und Emigration einstehen. Soweit aber die Buchautoren aus der DDR kommen, stehen auch sie für ihre Überzeugungen ein, indem sie die »Abwicklung«, die nur eine »liberalistische« Form von Vertreibung war, überdauerten und als Akteure historischer Forschung fortwirken.

Diese Arbeiten fußen durchweg auf sorgfältigem Umgang mit geschichtlichen Quellen, die oft sogar erstmals ausgewertet sind. Verlag und Herausgeber haben freilich die Arbeit für ein Personenregister gescheut, so dass dem Leser das Auffinden personaler und thematischer Querverbindungen ungemün erschwert wird. Wem dieser merkwürdig in Rosarot gebundene Mammutband ob seines puren Gewichts ein Zögern abnötigt, mag immerhin des Muskelwachstums gewiss sein. Dass dabei vor allem aber geistige Nahrung zu finden ist, möchte der Rezensent garantieren.

HELMUT BOCK

Äneke Winckel:

Antiziganismus.

Rassismus gegen Roma und Sinti im vereinigten Deutschland, Unrast-Verlag Münster 2002, 197 S. (14 €)

Die junge Kölner Politikwissenschaftlerin Äneke Winckel beschäftigt sich in ihrem Buch *Antiziganismus. Rassismus gegen Sinti und Roma im vereinigten Deutschland* mit der Diskriminierung von Sinti und Roma nach 1989. Ihre Arbeit stützt sich auf die Auswertung wichtiger überregionaler Zeitungen und Zeitschriften wie *Spiegel*, *Zeit*, *Frankfurter Allgemeine*, *Frankfurter Rundschau*, *taz* etc. Das Buch ist also eine quellenkundliche und keine empirische Arbeit über die Verbreitung antiziganistischer Vorurteile in der BRD. Eine Einführung über die Geschichte der Sinti und Roma in Deutschland vom 15. Jahrhundert bis heute und eine Erläuterung des Begriffs Antiziganismus ermöglicht auch Leserinnen und Lesern ohne Vorkenntnisse die Lektüre.

Durchaus überzeugend arbeitet die Autorin die strukturellen Ähnlichkeiten zwischen Antiziganismus und Antisemitismus heraus. So wurden Sinti und Roma – ebenso wie Jüdinnen und Juden – Opfer einer Vernichtung in der Zeit des NS-Faschismus. Diese Tatsache ist bisher aber nur bedingt in das Bewußtsein der deutschen Bevölkerung eingedrungen. Noch bis weit in die 70er Jahre behauptete die offizielle Politik in der BRD, Sinti und Roma

seien wegen ihres »asozialen« und »kriminellen« Verhaltens und nicht wegen ihrer ethnischen Zugehörigkeit von den Nazis verfolgt worden. Daß Sinti und Roma Opfer eines Genozids geworden waren, wurde nicht anerkannt. So folgte auf die Vernichtung die fort dauernde Diskriminierung, die teilweise durch die gleichen Beamten ausgeübt wurde, die auch zwischen 1933 und 1945 die Ermordungen organisierten. Der offizielle Antifaschismus der DDR trug ebenfalls nicht zur Aufklärung über das Schicksal der Sinti und Roma bei.

Seit den 80er Jahren sickert das Wissen über den Genozid an den Sinti und Roma zwar langsam in das Bewußtsein größerer Kreise der Bevölkerung, was sich auch in der offiziellen Politik niederschlägt. Aber auch in den 90er Jahren blieben Sinti und Roma Objekte massiver Vorurteile. Vor allem nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus aus den Balkanländern eingewanderte Roma gelten als »kriminell« und »asozial«.

Winckel weist überzeugend nach, wie sich dies im Verhalten der Behörden, der Presse und der Mehrheitsbevölkerung auswirkt. So weigern sich Ausländer- und Asylbehörden hartnäckig, anzuerkennen, daß Roma beispielsweise in Ex-Jugoslawien und Rumänien als Gruppe verfolgt werden, und verweigern ihnen das Bleiberecht.

Auch der »Volkszorn« richtet sich immer wieder gegen Sinti und Roma, am schlimmsten 1992 beim Pogrom in Rostock-Lichtenhagen. In der Presse gibt es neben wenigen positiven Berichten viele Beiträge, die entweder das »freie Zigeunerleben« romantisieren oder die bekannten Vorurteile über bei Sinti und Roma angeblich besonders verbreitete Kriminalität, Arbeitsscheu etc. kolportieren. Auch der von den meisten Sinti und Roma als diskriminierend empfundene Begriff »Zigeuner« findet sich immer noch in der Berichterstattung. Alles in allem ist Winckel ein le senswertes Buch gelungen, das eine Lücke in der Geschichtsschreibung über Antiziganismus in Deutschland schließt.

ANDREAS BODDEN